

Braver geht es auch

Autor(en): **Pöhner, Ralph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **39 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911186>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Braver geht es auch

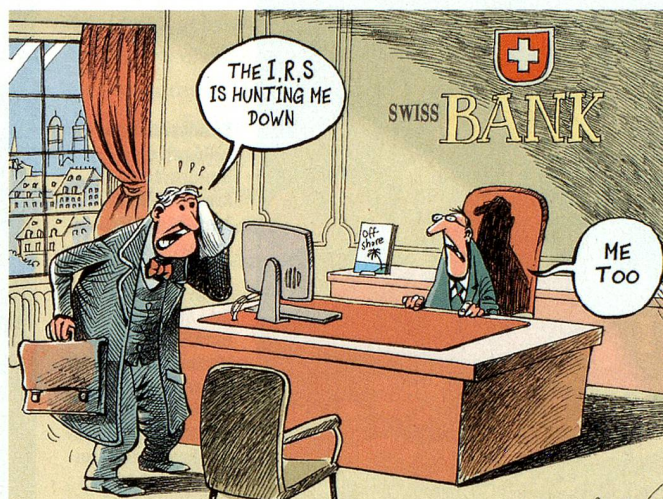
Die Schweiz ist eine Geisel ihrer Banken – das müsste nicht sein. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Geldinstitute und insbesondere des Schweizer Bankgeheimnisses wird überbewertet.

Von Ralph Pöhner

Was geht Schweizer Normalbürger Wegelin an? Was all die Banken, denen der amerikanische Sheriff nun knallhart droht? Zum vierten Mal nach dem Streit um die jüdischen Vermögen, nach der Subprime-UBS-Krise und nach dem Steuerskandal der UBS soll sich die Schweiz verbiegen wegen Fehlern, die Einzelne begangen haben: einzelne Banken, einzelne Banker. Im Streit um die Schwarzgelder amerikanischer Kunden gerät erneut das ganze Land ins Zwielicht, und zugleich sieht sich die Regierung gezwungen, den Banken zu Hilfe zu eilen. Selbstverständlich ist dies nicht. Als die Industrieflaggschiffe ABB und Sulzer 2001 und 2002 wegen amerikanischer Sammelklagen an den Rand des Abgrunds gerieten, behandelte der Rest des Landes den Fall so sachlich, wie er war – als Rechtsstreit. Als betriebswirtschaftliches Problem zweier Privatfirmen. Gewiss, den aktuellen Kampf zwischen den *United States of America* und den Banken Wegelin, Julius Bär und Co. prägt mit, dass beim Bankgeheimnis zwei Rechtsauffassungen aufeinanderprallen. Aber spätestens mit der Ratifikation des UBS-Staatsvertrags im Sommer 2010 sandte die Schweiz – der Staat – die Botschaft aus, dass sie Steuerfluchtgeschäfte nicht länger decken will.

Wie weit soll Solidarität gehen

Dass diese Botschaft in einigen Bankhäusern überhört wurde, war zuerst einmal ein Managementfehler. Trotzdem liegt es jetzt offenbar wieder an Berns Diplomaten, diese Fehler auszubügeln – und Politiker mehrerer Parteien fordern Solidarität mit den Banken: *It's them or us*, Amerika oder wir. Damit zeigt der Fall, wie mächtig Mythen wirken können. Im Gegensatz zu ABB-Dampferzeugern und Sulzer-Hüftgelenken gelten Bankkonten offenbar auch 2012 als Angelegenheit von nationalem Gewicht: die Schweiz – ewiges Land der Uhren, des Käses und der Banken? Jedenfalls grassiert auch 2012 der



Die US-Steuerbehörde macht Jagd auf mich. – Auf mich auch.

Glaube, dass wir unseren Reichtum weitgehend den Geldhäusern verdanken.

Das ist mehrfach falsch. Historisch verkehrt ist es, weil die Bankbranche schon zu den legendären Zeiten der Nummernkonti nur einen Zusatzfaktor der Volkswirtschaft darstellte – der Wohlstand wurde vor allem woanders hergestellt. So trugen die Banken 1980, als die Schweiz nach fast allen Statistiken das reichste Land der Erde war, gerade mal 4 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Seither wuchs ihre Bedeutung zwar an, doch die Geldhäuser blieben ein Element unter anderen: Momentan beschäftigen sie knapp 110 000 Personen – bei insgesamt 3,4 Millionen Erwerbstätigen. Zum Vergleich: Die Elektro-, Metall- und Maschinenindustrie bietet Arbeit für rund 335 000 Menschen (zum Beispiel dank ABB oder Sulzer).

Heute trägt das Banking 7 bis 8 Prozent zum Reichtum der Schweiz bei, und vor allem: Der allergrösste Teil dieser Wertschöpfung entfällt aufs biedere Alltagsgeschäft, auf Firmenkredite, Hypotheken, Vorsorgepläne, Fondsentwicklung, auf Kleinkundenkonti, auf Depots oder auch – jawohl – auf die Verwaltung von versteuerten Privatvermögen. All das sind Dienstleistungen, über die sich noch kein amerikanischer Staatsanwalt, kein Finanzminister oder keine entwicklungspolitische NGO je entrüstet hat. Und es sind

Geschäfte, die kaum die Gefahren bergen, bei einer globalen Finanzkrise das halbe Land in den Abgrund zu reissen: *too small to fail*.

Ein Blick über die Grenze

Zwar hat der Schweizer Bankensektor, verglichen mit anderen Ländern Europas, tatsächlich ein besonderes Gewicht. Während die Bankangestellten hier gut 3 Prozent der Beschäftigten ausmachen, liegt ihre Quote in Österreich, Holland, Dänemark oder Deutschland bei etwa 1,5 Prozent. Die Bedeutung der helvetischen Banken hat zwei Wurzeln: Erstens gibt es im kleinen Land zwei

Grossbanken, die unter den Global Players mitspielen, zweitens ist die Schweiz das grösste Offshore-Zentrum der Erde – sie ist das fremde Land, in das man sein Geld besonders gern bringt. Etwa wegen des Bankgeheimnisses? Nein. Glaubt man den Beteuerungen der Finanzbranche, verdankt sie dies ihrer Stabilität, ihrer Lage im Herzen Europas, dem Niveau ihres Banking, der Diskretion. Das sind Qualitäten, die selbst dann noch wirksam wären, wenn die Banken auf riskante, rufschädigende oder politisch heikle Geschäftsfelder verzichten würden.

Wohin der Weg führen mag, ahnt man beim Blick auf die Niederlande, wo die Finanzbranche auch 6,5 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, wo ebenfalls beeindruckende Geldkonzerne wirken und wo die Branche so viele Personen beschäftigt wie hier: rund 110 000. Der Finanzsektor dort ist braver, relativ kleiner – und seit den Bereinigungen der Finanzkrise 2008 auch kein Politikum mehr.

Geht es also um den Reichtum der Nation? Kaum. Die Schweiz könnte es verkraften, wenn ihre Banken die anständigsten der Welt wären. Verdriessen würde dies höchstens einige Bankmanager.

RALPH PÖHNER ist Journalist und Mitgründer der Finanzplattform *finews.ch* in Zürich. Sein Beitrag ist zuerst in der «Zeit» vom 16.2.2012 erschienen.